

# 10 MILLIONEN MENSCHEN AUF BESCHRÄNKTEM RAUM

## pressecheck | abstimmungen

Roland Keller, Publizist | [www.presse-check.ch](http://www.presse-check.ch)



Die Schweiz ist ein begrenztes Gefäss.  
Die Schweiz kann nicht mehr aufnehmen, als ihre staatlichen, sozialen und infrastrukturellen Strukturen dauerhaft tragen.  
Die Abstimmung wurde mit falschen Argumenten geführt.

Basel, 15. Juni 2026. Kommentar von Roland Keller

### Angstpolitik als Instrument politischer Lenkung

Seit dem Coronadesaster ist deutlicher erkennbar, wie wirksam Angst, Krisenrhetorik und administrativer Druck zur politischen Lenkung von Bürgern eingesetzt werden können. Nach meiner Einschätzung wurde ein vergleichbares Muster der Verunsicherung auch im Abstimmungskampf zur Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ sichtbar.

Bundesrat Beat Jans, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, bezeichnete die Initiative als „leeres Versprechen“. Ein Deckel bei der Wohnbevölkerung löse nach seiner Argumentation weder die Wohnungsnot noch Stau, überfüllte Züge oder Infrastrukturprobleme [1].

Jans warnte weiter, die Probleme begännen nicht erst bei 10 Millionen Einwohnern, sondern bereits unmittelbar nach einem Ja zur Initiative. Bund und Kantone müssten die Zuwanderung sofort bremsen; dies belaste KMU, Spitäler und Pflegeheime [1].

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement argumentierte, die Initiative gefährde Wohlstand, innere Sicherheit, humanitäre Tradition und den bilateralen Weg mit der Europäischen Union [2].

Jans stellte in der öffentlichen Debatte besonders den möglichen Arbeitskräftemangel ins Zentrum. Eine rasche Zuwanderungsbremse könne nach seiner Dar-

stellung zu Personalengpässen führen, insbesondere in Wirtschaft, Pflege, Spitälern und weiteren Bereichen der Grundversorgung [3].

In der Medienkommunikation wurde zusätzlich sicherheitspolitisch argumentiert: Eine Gefährdung von Schengen und Dublin könne dazu führen, dass die Schweiz den Zugang zu europäischen Sicherheits- und Fahndungsdatenbanken verliere. Gleichzeitig könnten Asylverfahren und Kosten zunehmen [2].

Im Interview zur Dublin-Frage warnte Jans vor einem Wegfall des Dublin-Abkommens. Er formulierte dabei die zugespitzte These, die Schweiz könne ohne Dublin zur „Asylinsel“ werden [4].

Bundesrat Beat Jans bekämpfte die Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ damit nicht primär mit moralischen Argumenten, sondern mit einem Stabilitätsargument. Seine Kernthese lautete: Die Initiative verspreche Entlastung bei Wohnen, Verkehr, Umwelt und Sicherheit, liefere dafür aber keinen belastbaren Mechanismus. Stattdessen schaffe sie ein starres demographisches Limit, gefährde die Personenfreizügigkeit, stelle den bilateralen Weg mit der EU infrage und verschärfe den Arbeitskräftemangel in Wirtschaft, Pflege und Gesundheitswesen [1], [2], [3].

Soweit die Aussagen von Bundesrat Jans und des EJPD.

### **Kommentar: Kritik an der Argumentation von Beat Jans**

Diese Argumentation war nach meiner Einschätzung keine nüchterne Analyse, sondern politische Panikkommunikation.

Beat Jans positionierte seine Aussagen so, dass sie für den uninformierten Bürger plausibel und einleuchtend wirken konnten. Plausibilität ersetzt jedoch keine empirische Prüfung. Ein politisch wirksames Argument ist nicht automatisch ein sachlich zutreffendes Argument.

Die zentrale Botschaft von Bundesrat und Parlament lautete: Die Initiative sei ein „leeres Versprechen“, gefährde den bilateralen Weg mit der EU und verschärfe den Arbeitskräftemangel. Genau diese Dreierformel bildete den kommunikativen Kern der Gegenkampagne.

Die politische Keule des „bilateralen Weges“ interessiert vor allem jene Kreise, die direkt oder indirekt von einer weitgehend offenen Zuwanderung profitieren. Dies betrifft nicht nur die Linke, sondern ebenso Teile der wirtschaftsliberalen Rechten.

### **Unkontrollierte Migration und verdrängte Realität**

Die Schweiz hat eine erhebliche Zahl unregistrierter Sans-Papiers. Selbst die Bundesbehörden können nicht präzise beziffern, wie viele illegal anwesende Personen

tatsächlich im Land leben. Das verweist auf ein strukturelles Kontrollproblem. Es fehlt eine konsequent durchgesetzte Kontrolle. Ein Staat, der nicht weiss, wer sich auf seinem Territorium befindet, verliert ein zentrales Element seiner Souveränität.

Zu den Profiteuren dieser Situation gehören jene, die von rechtlosen oder prekären Arbeitskräften profitieren. Illegale oder halb-illegale Arbeitsverhältnisse schaffen ein Reservoir billiger Arbeitskraft, das weder dem Rechtsstaat noch der einheimischen Arbeitnehmerschaft dient.

Im Kern ist die Interessenlage klarer, als sie in der öffentlichen Debatte dargestellt wird. Rot-Grün ist politisch an ausländischer Zuwanderung interessiert. Teile der Wirtschaft sind ökonomisch an billigen Arbeitskräften interessiert. Beide Lager verfolgen unterschiedliche Ziele, treffen sich aber in der praktischen Folge: mehr Zuwanderung, mehr Bevölkerungsdruck, mehr Belastung der Infrastruktur.

Ein erheblicher Teil der Zuwanderer stammt aus Staaten und Regionen, in denen direktdemokratische Verfahren, föderale Strukturen und schweizerische politische Kultur kaum verankert sind. Daraus ergibt sich ein Integrationsproblem, das nicht moralisch, sondern institutionell betrachtet werden muss.

Dahinter steht auch ein politisches Kalkül: Wer staatlich unterstützt, eingebürgert und sozial eingebunden wird, könnte sich später politisch jenen Kräften zuwenden, die diese Unterstützung ermöglicht haben. Die beschleunigte Einbürgerung erscheint in dieser Sicht nicht nur als Integrationsmassnahme, sondern auch als langfristige Strategie zur Veränderung des Wählerpotentials.

### **Der bilaterale Weg als politisches Druckmittel**

Auch der bilaterale Weg mit der EU wird in dieser Debatte häufig als Druckmittel eingesetzt. Die Behauptung, ohne fortlaufende Anpassung an Brüssel gerate die Schweiz automatisch in eine existenzielle Krise, ist eine politische Setzung, keine zwingende Tatsache.

Die Euroturbos wollen im Falle einer engeren Anbindung an die EU politisch und institutionell profitieren. Sie streben Nähe zu den Entscheidungsträgern in Brüssel an und präsentieren diese Orientierung als angeblich alternativlos.

Faktisch bestehen bereits zahlreiche Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Diese Verträge sind in vielen Bereichen ausreichend. Wer behauptet, die Schweiz könne ohne weitere Konzessionen nicht bestehen, unterschätzt entweder die Verhandlungsposition der Schweiz oder verfolgt ein integrationspolitisches Ziel, das nicht offen ausgesprochen wird.

## Sicherheitsaspekt und innere Stabilität

Was Beat Jans weitgehend ausblendet, ist die Frage der inneren Sicherheit im Falle schwerer sozialer oder politischer Unruhen. Unter den unkontrolliert eingewanderten Personen befinden sich auch Menschen aus Staaten, in denen Bürgerkrieg, Milizenstrukturen und politische Gewalt Alltag waren oder sind.

Diese Personen bringen nicht nur individuelle Fluchtgeschichten mit, sondern teilweise auch Prägungen aus Gewaltkulturen, Bürgerkriegserfahrung oder militärischen Strukturen. Darunter können ehemalige Soldaten, Milizionäre oder Angehörige bewaffneter Gruppen sein. In einer schweren innenpolitischen Krise wäre dies ein sicherheitspolitisch relevanter Faktor.

Die Schweiz ist als freiheitliches, offenes und rechtsstaatliches Land auf solche Szenarien nur begrenzt vorbereitet. Genau diese Offenheit macht sie verwundbar. Ein liberaler Rechtsstaat funktioniert nur, wenn die grosse Mehrheit seiner Bewohner die Regeln freiwillig anerkennt. Gerät diese Voraussetzung ins Wanken, wird Offenheit zur Schwachstelle.

Diese Feststellung wird ungern gehört, ist aber sicherheitspolitisch naheliegend. Der Vorsteher des EJPD trägt Verantwortung für Polizei, Migration, innere Sicherheit und Nachrichtendienstkoordination. Beat Jans kennt die entsprechenden Rapporte oder müsste sie kennen. Wenn er dennoch so argumentiert, blendet er einen zentralen Teil der Sicherheitsrealität aus.

Das Problem besteht nicht darin, dass über Migration gesprochen wird. Das Problem besteht darin, dass über Migration oft selektiv gesprochen wird.

Arbeitskräftebedarf, bilateraler Weg und humanitäre Tradition werden betont. Kontrollverlust, innere Sicherheit, kulturelle Integrationsfähigkeit und langfristige politische Verschiebungen werden dagegen abgeschwächt oder moralisch delegitimiert.

Gerade deshalb verdient die Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ eine sachliche Prüfung.

Nicht weil jede ihrer Annahmen zwingend richtig sein muss, sondern weil sie eine **Frage stellt, die der Bundesrat nicht überzeugend beantwortet hat: Wie viel demographischen Druck verträgt ein kleines, direktdemokratisches, hoch verdichtetes und institutionell empfindliches Land, bevor seine sozialen, politischen und infrastrukturellen Grundlagen beschädigt werden?**

### 1. Quellen

[1] Bundesrat Beat Jans, Rede zur Volksinitiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“, Zürich, 22. Mai 2026. Offizielle Publikation des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Zentrale Aussage: Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, weil sie ein „leeres Versprechen“ sei, den bilateralen Weg gefährde und den Arbeitskräftemangel verschärfe.

[2] Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, „Die Volksinitiative ‚Keine 10-Millionen-Schweiz!‘“, Medienmitteilung, Bern, 16. März 2026. Zentrale Aussage: Die Initiative gefährde Wohlstand, innere Sicherheit, humanitäre Tradition und den bilateralen Weg mit der EU.

[3] Schweizer Radio und Fernsehen, SRF News, „Abstimmungs-Arena: Bundesrat Beat Jans: ‚Ich fühle mich nicht fremd im eigenen Land‘“, 13. Mai 2026. Zentrale Aussage: Die Debatte behandelte die Folgen eines Bevölkerungsdeckels, insbesondere Zuwanderungsbremse, Personenfreizügigkeit und möglichen Personalmangel.

[4] Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, „Fällt das Dublin-Abkommen, wird die Schweiz zur Asylinsel“, Interview mit Bundesrat Beat Jans, Neue Zürcher Zeitung, 20. April 2026. Zentrale Aussage: Jans warnte vor den Folgen eines Wegfalls von Dublin und bezeichnete einen absoluten Bevölkerungsdeckel als schwer kalkulierbares Experiment.